Ausgabe B.

Auswärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: Bei der Post geholt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jarger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 195. | Bielefeld-Bethel, Freitag, den 22. August 1919. | Jahrgang 1.

Der Beruf des wahren Christen ist es, auch den Beruf des Bürgers und Patrioten mit Fleiß zu üben.
D. A. Stoecker.

Frauenfragen.

Von M. Schirmer, Bethel.

Es kann gar nicht oft genug darauf hingewiesen werden, wie notwendig es ist, daß die christlichen Frauen lebendig werden und heranreifen müssen für die großen und ernsten Aufgaben ihres Staatsbürgertums. Es ist für sie, die bisher zumeist in der Stille des Hauses schafften und darüber hinaus in der Gemeindearbeit, der Inneren Mission, seltener schon in der sozialen Arbeit wirkten, gewiß nicht leicht, Frauenangelegenheiten in politischer Form zu vertreten. Die Verantwortung jedoch, welche sie mitzutragen haben für ihr Volk, muß sie dahin führen, sich nicht nur wirksamen Einfluß in Gesetzgebung und Verwaltung zu schaffen, sondern zunächst und vor allem persönlich Stellung zu nehmen zu den wichtigen Fragen des öffentlichen Lebens.

Die Fülle von Fragen, welche auf sie einstürmen, die Größe der Verantwortung, welche sie mitzutragen haben, hat für alle Ernstdenkenden etwas Erdrückendes. Darum ist notwendig, eine gewisse Beschränkung zu üben, zu prüfen, welche Fragen zurzeit für Frauen die wichtigsten sind und zunächst zu diesen klare Stellung zu finden suchen.

Im Augenblick scheint es geboten, sich vor allem über die Stellung der deutschen Frauen in der Verfassung, deren Entstehen mit erschreckend geringer Anteilnahme weiter Frauenkreise begleitet worden zu sein scheint, zu unterrichten. Es ist ganz gewiß nicht gleichgültig für die christlichen Frauen, welche Stellung die neue Verfassung der Frau anweist und wie sie die Werte schützt, welche ihr besonders am Herzen liegen. Es gilt ferner, sich klar zu werden über die neuen Grundrechte der Frauen in ihrer Stellung als Staatsbürgerin, als Gattin und Mutter und als arbeitende Frau.

„Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich, Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten", heißt es im 1. Artikel der Grundrechte. Durch diesen Satz wird den Frauen nicht nur das politische Stimmrecht gesichert, sondern ihnen Anteil gegeben an allen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten. Der Artikel 36 b, „alle Staatsbürger ohne Unterschied sind nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihrer Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zuzulassen", verschafft der Frau den Zugang zu allen öffentlichen Ämtern. Selbstverständlich aber entsprechen den gleichen Rechten auch die gleichen Pflichten. Die deutsche Frau wird also nach Artikel 39 e verpflichtet sein zur Übernahme der in den Einzelgesetzen vorgeschriebenen ehrenamtlichen Tätigkeiten, während sie bisher solche ablehnen konnte.

Der Gleichheit der Staatsbürgerrechte für Männer und Frauen entspricht die Gleichheit des Wahlrechtes. Nach den Grundsätzen der Verhältniswahl wurden die Abgeordneten in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von allen über 20 Jahre alten Frauen sogut wie Männern gewählt. Das gleiche Wahlrecht gilt für die Wahl des Reichspräsidenten. Frauen werden ferner in gleicher Weise beteiligt sein bei Volksabstimmungen, die für bestimmte Fälle vorgesehen sind. Auch die Volksvertretungen der Einzelstaaten des Deutschen Reiches müssen von Männern und Frauen nach gleichem Stimmrecht gewählt werden.

Doch nicht nur diese allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte sind den Frauen nach der deutschen Verfassung gegeben, sie wurden durch den wichtigen Artikel über das Rätesystem auch als Arbeitgeber, wie als Angestellte und Arbeiterinnen am Aufbau der wirtschaftlichen Selbstverwaltung beteiligt in den Betriebsräten, Bezirkswirtschaftsräten und im Reichswirtschaftsamt. Dadurch fällt ihnen die verantwortungsvolle Aufgabe zu, sich an der Prüfung sozialpolitischer und wirtschaftspolitischer Gesetze vor ihrer Einbringung im Reichstag zu beteiligen und selbst Gesetzesvorlagen mit vorzulegen. „In diesem Rätesystem", so schreibt Doktor Gertrud Bäumer, Mitglied der Nationalversammlung, „ist aber möglicherweise den Frauen auch noch in einer anderen Eigenschaft eine Mitwirkung gewährt. Es ist nämlich in dem betr. Paragraphen gesagt, daß zu den Bezirkswirtschaftsräten und zu dem Reichswirtschaftsrat nicht nur Vertretungen der Unternehmer und Arbeiter, sondern auch „sonst beteiligter Volkskreise" gehören sollen. Unter dieser Bezeichnung können nur die Konsumenten verstanden sein: Ihre Mitwirkung in einem Wirtschaftsparlament muß natürlich mit vollem Recht ins Auge gefaßt werden, sonst könnte ein solches Wirtschaftsparlament sich zu einer sehr einseitigen Vertretung der Produzenten auswachsen. Hier liegt eine große Aufgabe für die Hausfrauenorganisationen, denn sie allein sind die eigentlichen Konsumentenvertreter. Es gibt keine reine Konsumentenvertretung außer ihnen. Ihr Ausbau mit Rücksicht auf die Erfüllung dieser ihrer Bestimmung im Rätesystem ist daher zurzeit ihre allerwichtigste Angelegenheit. Sie bekommen damit erst das Rückgrat und die Festigkeit einer gesetzlichen Interessenvertretung, eine eigene selbständige Aufgabe der Gesetzgebung gegenüber ist in ihre Hände gelegt, und mehr als die Ausübung des Wahlrechtes wird die Mitwirkung bei diesen neuen Körperschaften den Beweis dafür zu liefern haben, daß die Frauen imstande sind, ihre eigensten Angelegenheiten in politischer Form zu vertreten."

Daß mit dem Abschluß der Verfassung für die deutschen Frauen eine ganz neue Rechtslage geschaffen ist, dürfte allen denkenden Frauen klar sein. Wenn es in dem schon angeführten Artikel heißt: „Männer und Frauen haben grundsätzlich die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten", so könnte das Wort „grundsätzlich" eine Einschränkung enthalten in bezug auf unbedingte Zulassung der Frauen zu den gleichen Ämtern wie die Männer. Natürlich würde das bei den militärischen Stellen der Fall sein müssen, bei den Beamtenstellen kommt es darauf an, dafür einzutreten, daß Frauen zu allen Posten herangezogen werden, die für die Interessen von Frauen und Kindern wichtig erscheinen. Die weiblichen Mitglieder der Nationalversammlung sind dafür eingetreten, daß auch für die Stellung der Frau in der Familie der Grundsatz der Gleichberechtigung festgelegt wird. Von ihnen wurde deshalb beantragt und auch durchgesetzt, dem Artikel der Grundrechte, welcher sich auf die Familie bezieht, zuzufügen: „Die Ehe beruht auf der Gleichberechtigung beider Geschlechter." Dieser Satz hat zur Folge, daß aus unserem Bürgerlichen Gesetzbuch alle Punkte beseitigt werden müssen, welche Benachteiligung und Ungerechtigkeit in der familienrechtlichen Stellung der Frau enthalten. In den Grundrechten für das Gemeinschaftsleben unseres Volkes wird die Familie an die erste Stelle gerückt. Es wird ihr der Schutz des Staates zugesichert und Gesetzgebung und Verwaltung verpflichtet, der Mutterschaft jede Fürsorge angedeihen zu lassen. Der Schutz der Mutterschaft sichert den Schutz der arbeitenden Frauen und gewährleistet eine stärkere Berücksichtigung der Mutterschaft in der Sozialversicherung. Es ist sehr zu begrüßen, daß die weiblichen Abgeordneten der Nationalversammlung für die Interessen der Mütter eingetreten sind und die Einfügung der Mutterschaft in dem Artikel zur Sozialversicherung zu erreichen vermocht haben.

Aufmerksamen Zeitungsleserinnen wird es nicht entgangen sein, daß dem unehelichen Kinde durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für seine körperliche, geistige und gesellschaftliche Entwicklung gesichert werden sollen wie dem ehelichen Kinde. Es soll hier nicht geprüft werden, ob das eine unbedingte Gleichheit der rechtlichen Stellung bedeutet. Naturgemäß steht ja das uneheliche Kind in einem anderen Rechtsverhältnis zu Mutter und Vater als das eheliche. Es soll aber fortan kein uneheliches Kind durch Nachteile seiner Geburt in seiner geistigen und körperlichen Entwicklung wie in seiner sozialen Aufstiegsmöglichkeit gehemmt, „sondern in ihm der Mensch und das wertvolle Volksgut an Kraft und Leistungsfähigkeit" genau so gut anerkannt werden wie bei den ehelichen Kindern.

Auf Antrag der weiblichen Abgeordneten der Nationalversammlung hat der Artikel, der von den Rechten der Beamten spricht, den Zusatz erhalten, daß alle Ausnahmebestimmungen für weibliche Beamte aufgehoben sind. Das bedeutet u. a. die Aufhebung des Heiratsverbotes für die weiblichen Beamten und gibt Anlaß zu der Erwartung, daß nunmehr manche ungerechten Hemmungen für die berufstätige Frau beseitigt sind.

Vergleicht man diese neuen Grundgesetze mit denen in irgend einem anderen Staate der Welt, so ist festzustellen, daß keine Frau freier ist wie die deutsche. Es kommt nun darauf an, daß die Grundsätze der Verfassung in den Gesetzen voll zur Geltung kommen. Hier liegt eine bedeutungsvolle Aufgabe der weiblichen Volksvertreter, für die weite Frauenkreise das wärmste Verständnis haben müssen. Die Verfassung aber und das Gesetz schaffen uns die Möglichkeit des Einflusses der deutschen Frauen in Gesetzgebung und Verwaltung. Diese Möglichkeit zum Segen aller Frauen zu nutzen, ist Sache der Frauen selbst, die tatkräftige Arbeit und gewissenhafte Aufmerksamkeit erfordert. Möchten die christlichen Frauen es an beidem nicht fehlen lassen.

Die bolschewistische Volkswirtschaft.

Von Dr. Joseph Jahn.

Die Vorstellungen, die der Westeuropäer über Rußland hat, waren von jeher einigermaßen verworren, trotzdem ausreichende Hilfsmittel auch für den Nichtkenner der russischen Sprache vorhanden sind. Unser Wissen von dem heutigen bolschewistischen Rußland ist aber noch viel mangelhafter. Die Quellen unserer Informationen fließen völlig unzureichend. Unmittelbare Nachrichten aus Rußland sind sehr selten. Unter diesen Umständen hat sich das Osteuropa-Institut in Breslau ein Verdienst erworben durch Herausgabe gesammelter Aufsätze und Nachrichten aus russischen (bolschewistischen und oppositionellen) Zeitungen, die das russische Wirtschaftsleben seit der Herrschaft der Bolschewiki beleuchten (bearbeitet von Dr. Kaplun-Kogan: „Quellen und Studien I,1" Verlag B. G. Teubner, Leipzig und Berlin). Natürlich ist die Kenntnis, die sich daraus schöpfen läßt, immer noch lückenhaft und widerspruchsvoll; aber wir erfahren doch eine Menge Tatsächliches, dienlich zum Verständnis und zur Beurteilung der wirtschaftlichen Umwälzung, was uns Nachrichten über einzelne bolschewistische Schandtaten und gelegentliche Stimmungsbilder niemals bieten.

Läßt man das ein knappes Jahr umfassende Material als Ganzes auf sich wirken, so ist man angeregt, Stellung zu nehmen zu der bis jetzt selten mit genügender Deutlichkeit gestellten Frage: Worin sind die Ursachen von Rußlands trostloser Lage zu suchen? Warum wurde die bolschewistische Wirtschaftspolitik ein offenbarer Mißerfolg? Die übliche Antwort lautet: Weil der Bolschewismus an der Wirtschaft verständnislos herumexperimentiert und seine Politik vielfach nichts weiter ist als organisierte Gewalt und Plünderung. Häufig ist die Meinung, durch das russische Beispiel sei die Sozialisierung bereits ad absurdum geführt. Ich möchte solche Urteile für übereilt und zum mindesten für einseitig halten.

Wesentliche Gründe des russischen Niedergangs liegen schon vor der bolschewistischen Revolution. Der Krieg hatte die Kräfte des Landes gewaltig angespannt, ohne sie pfleglich zu behandeln. Mehr als in irgend einem anderen der kriegführenden Staaten waren in Rußland die militärischen Interessen ausschlaggebend, so daß die Revolution eine in vielen Beziehungen erschöpfte Volkswirtschaft vorfand. So war z. B. der Zustand der Eisenbahnen schon jahrelang besorgniserregend, ohne daß für Erneuerung der Leistungsfähigkeit etwas getan wurde. Der Ausfall fremder Kohlenzufuhren führte zu einem planlosen Raubbau am Walde, der dieses Bestandsstück des russischen Reichtums in seinem Zukunftswert beeinträchtigte. Einen neuen Stoß erhielt die Volkswirtschaft durch die überstürzte Auflösung der Front, die ohne einheitliche Ordnung und Leitung vor sich ging und eine weit größere Wertvernichtung im Gefolge hatte als vergleichsweise die beschleunigte Rückführung der deutschen Truppen aus den besetzten Gebieten. Nun kam das russische Verkehrswesen erst vollends herunter, und diese seitdem chronische Krankheit hindert den Wiederaufbau auf Schritt und Tritt, zumal eine sozialisierte Volkswirtschaft auf das hemmungslose Funktionieren der Verkehrsmittel noch stärker angewiesen ist als die kapitalistische. Der Friede brachte kaum eine Einschränkung des unwirtschaftlichen Güterverbrauchs, denn nun kam ein langdauernder, in verschiedenen Landesteilen geführter Bürgerkrieg, in dem die durch den äußeren Krieg

und die innere Revolution geschaffene Verfassung der Truppen das zügellose Zerstören erst recht begünstigte. Dazu die Besetzung großer, besonders für die Ausfuhr wichtiger Gouvernements durch fremde Truppen; die Loslösung der Ukraine usw.

Eine der verderblichsten Maßnahmen war die gleichzeitig mit der Entwaffnung der Vertreter des alten Regimes durchgeführte Bewaffnung der Arbeiter und ärmsten Bauern, eine bekanntlich auch für Deutschland zur Aufrechterhaltung der Ordnung von den Linksradikalen vielfach gestellte Forderung. Diese Bewaffnung scheint von der Voraussetzung auszugehen, es könne gar nicht anders sein, als daß die Arbeiter ihre Waffen für „gute" Zwecke, d. h. zur Durchführung der bolschewistischen Verordnungen gebrauchen. Wäre das der Fall, so könnte man noch einen gewissen Sinn in dem grausamen Spiel finden. Aber die Waffen treten in den Dienst persönlicher Instinkte, die Beschaffung des Lebensunterhalts mit der Waffe tritt an die Stelle der wirtschaftlichen Arbeit. Und darin liegt die volkswirtschaftlich verheerende Wirkung. Sowjetdekrete, wie die Organisation von Lebensmittelrequisitionen auf dem Lande, fördern natürlich noch diesen Geist der Gewaltsamkeit und töten die Wirtschaftlichkeit.

Die eigentliche Sozialisierung ist aus zwei Gründen im ganzen als gescheitert anzusehen. Einmal reicht die Macht der Zentralgewalt nicht weit genug, um eine einheitliche Durchführung zu sichern. Zweitens ist in Rußland oberflächlich und ohne festen Plan sozialisiert worden, unbeeinflußt von technischer und nationalökonomischer Untersuchung der betroffenen Wirtschaftszweige.

Die Sozialisierungsdekrete jagten in Rußland eines das andere, aber die Machtmittel der Sowjets waren meist irgendwo für irgenwelche, stets neu auftauchende politische Zwecke in Tätigkeit und konnten gar nicht geordnet und gleichmäßig die Einführung der neuen Wirtschaft unterstützen. So wurde eine Sozialisierungsmaßnahme vielleicht in Petersburg oder Moskau einigermaßen im Geiste der Urheber durchgeführt, weiter draußen im Lande betätigten sich die von Tag zu Tag zahlreicher werdenden „wilden Sozialisatoren". Vergesellschaftet wurde und wird in Rußland überall, aber in jedem Orte anders, und in vielen Orten ist Sozialisierung auch nur ein Fremdwort für Ausplünderung der bisherigen Besitzer. Eine sozialistische Wirtschaft, die als planmäßige an die Stelle der kapitalistischen Anarchie zu treten behauptet, müßte aber notwendig einheitlich geordnet sein, wenn die Teile zusammenstimmen und sie die Volksversorgung ermöglichen sollen. Am wildesten und in der Wirkung am wenigsten sozial war die Nationalisierung des Grund und Bodens. Hier war auch die unfachmännische, die Eigenarten des Landbaus nicht beachtende Durchführung am krassesten. Die Neubildung von Privateigentum hat sich nirgends verhindern lassen; es reicht freilich nur so weit, wie die Macht des Besitzers, d. h. wie die auf den Dörfern heimisch gewordenen Maschinengewehre.

Die russische Sozialisierung beachtet nicht die Verflechtung der einzelnen Wirtschaftszweige, sonst hätte man z. B. nicht in oberflächlichster Weise die Banken nationalisiert, bevor man mit der Sozialisierung und Neuordnung der Schwerindustrie fertig war. Dazu geschah die Besetzung und Kontrolle der Banken durch die „Delegierten der bewaffneten Arbeiter", wenn nicht überall, so doch an vielen Orten durch Menschen, die kaum lesen und schreiben konnten, von Geld- und Kreditwesen natürlich keine Ahnung hatten, dafür aber einen um so begehrlicheren Geldbeutel besaßen. Sehr nachteilig für die Überführung des russischen Wirtschaftslebens in den Sozialismus ist schließlich die mangelhafte Mitarbeit der alten Fachleute, die absichtliche (und sehr verständliche) „Sabotage der Bourgeois".

Tausend Fragen, die die Bolschewisten hätten lösen müssen und in der Mehrzahl der Fälle nicht lösen konnten, sind auch uns heute gestellt. Das wichtigste, was uns das russische Beispiel zu lehren hat, auch wenn wir die Dinge nicht durch eine kapitalistische Brille betrachten, ist wohl dies: Sozialisierung ist nicht schon grundsätzlich ein Übel, aber wo sie nicht allmählich, planmäßig und mit gründlichster Fachkenntnis geschieht, wirkt sie zerstörend. Wir sollten unter keinen Umständen eine Sozialisierungsmaßnahme treffen, ohne uns die freiwillige Mitarbeit der wissenschaftlichen, industriellen, kaufmännischen Fachleute zu sichern. Auch als Sozialist muß man es für besser halten, in kapitalistischer Form weiter zu wirtschaften, als überall planlos und durch Leute zu sozialisieren, die wähnen, ihre fehlende Sachkenntnis durch Fanatismus ersetzen zu können.

Abbau der Kriegswirtschaft in den Ententeländern.

In den Ententeländern und neutralen Staaten ist man wie in Deutschland bemüht, die Kriegswirtschaft abzubauen. Die bisher erschwerten Ein- und Ausfuhrbestimmungen werden erleichtert, die Höchstpreise teilweise herabgesetzt oder aufgehoben. So hat in Großbritannien der Weizenausschuß alle Einschränkungen für die Einfuhr und den Handel mit Stärke, Tertein, Reismehl, Sago, Makkaroni, Nudeln und ähnlichen Erzeugnissen aufgehoben. Dagegen ist die bisher verbotene Ausfuhr von Flachs und Hanf, Leinen, Garnen für Seile nach den Kolonien, den verbündeten Ländern und Neutralen, sowie die von Leinenwaren im Stück, Segeltuch und Schlauchleinen genehmigt worden. Außer Kraft gesetzt sind ferner die bisherigen einschränkenden Verfügungen für den Handel mit Zinn, Kupfer, Messing, Zink, Blei und Chromerzen. Nach und nach werden auch die bestehenden Beschränkungen auf dem Emissionsmarkt aufgehoben. Die Gemeinden können jetzt von dem Local Gouvernement Board Erlaubnis zur Ausgabe von Anleihen für Gemeindearbeiten wie Wasserleitungen, Elektrizitäts- und Gasanlagen erhalten. — In Frankreich ist man gleichfalls zum Abbau der Kriegswirtschaft geschritten. Als erste Erleichterung der Kriegsmaßnahmen auf dem Gebiet der Verpflegung soll die Zuckerration um 50 Prozent erhöht werden, sobald die Raffinerien mehr Kohlen und Transportmittel erhalten. Das Ministerium für den industriellen Wiederaufbau hat zunächst den Handel in rohem und bearbeitetem Blei wieder zugelassen. Eine liberale Handhabung der Ausfuhr von photographischen Platten und Papieren sowie Seidenwaren aller Art soll von jetzt an stattfinden, wenn auch weiter im Einvernehmen mit den interalliierten Verträgen. Vom Generalkomitee für Petroleum ist ein Gesetzentwurf vorgelegt, nachdem der freie Automobilverkehr und Handel in Petroleum und ätherischen Ölen wieder gestattet und alle im Kriege erlassenen einschränkenden Bestimmungen aufgehoben werden. Ferner fordert das Komitee eine Ermäßigung der Zölle auf Petroleum und Öle für Zwecke der Schiffahrt und Industrie. — In den Vereinigten Staaten von Nordamerika sind alle beschränkenden Verordnungen in der Herstellung von Gummi-Erzeugnissen sowie für die Einfuhr von Gummi außer Kraft gesetzt. Von den festgesetzten Höchstpreisen sind die für Zink am 1. Januar aufgehoben worden.

Die Krisis in Ungarn.

Die Szegediner gegen Habsburg.

In unterrichteten Kreisen glaubt man, daß Erzherzog Joseph weniger dem Drucke der Sozialdemokraten als der Gegnerschaft der Entente nachgebend, vor den Wahlen zurücktreten wird, um den Sozialdemokraten die Teilnahme an der Regierung zu ermöglichen.

Die Mitglieder der Szegediner Regierung, die sich bereits aufgelöst hat, weigerten sich aus dem Grunde in das Kabinett einzutreten, weil auch sie die Verweserschaft des Erzherzogs Joseph mit Rücksicht auf die Stimmung in den Ententekreisen als unzweckmäßig erachten. Die Szegediner Regierung hat bereits eine weitgehende Annäherung an Jugoslawien erzielt, deren erste Vorbedingung jedoch war, daß keinerlei Versuch zu einer Wiederherstellung der Habsburger Dynastie gemacht werde. Nach dem prinzipiellen Uebereinkommen wurde seitens der Szegediner Regierung dem jugoslawischen Kabinet ein Memorandum überreicht, welches im Belgrader Ministerrat verhandelt und angenommen wurde. Auf Grund dieses Memorandums sollte zwischen der Belgrader und der Szegediner Regierung ein Bündnis abgeschlossen werden, welches in erster Reihe die Aufgabe gehabt hätte, das Regime Khun zu stürzen, dann aber zu einem wirtschaftspolitischen Bündnisse ausgestaltet worden wäre.

Gewaltsame Unterdrückung der Deutschen Westungarns.

Die Vertreter der westungarischen Gemeinden verlangten die rascheste Intervention der deutsch-österreichischen Regierung bei den Ententevertretern, da die Verhaftungen in Westungarn fortgesetzt und die Verhafteten fürchterlich mißhandelt würden. Die Bevölkerung ist in höchster Verzweiflung, da sie standrechtliche Hinrichtungen befürchtet. Wie aus Fürstenfeld gemeldet wird, erhielten alle Gemeinden Westungarns, wo am Sonntag Volksversammlungen stattgefunden haben, Besatzungen von 30 Mann mit zwei Maschinengewehren, die die sofortige Ablieferung der Waffen bei Androhung der Todesstrafe und der Einäscherung des Ortes fordern. Die Ungarn haben die Grenze gegen Steiermark gesperrt.

Der Anschluß Deutsch-Westungarns an Deutsch-Oesterreich kann trotz des Widerstandes der derzeitigen ungarischen Regierung als durchaus gesichert gelten. Nach dem Vorfriedensvertrag vom 20. Juli steht es heute schon unzweifelhaft fest, daß die drei Komitate Wieselburg, Oedenburg und Eisenburg unbedingt zu Deutsch-Oesterreich kommen und daß die Volksabstimmung in diesen drei Komitaten unter neutraler Kontrolle erfolgen wird, daß also keinesfalls magyarisches Militär diese Volksabstimmung zu leiten habe.

Freigabe der Gefangenen.

Entsendung von Abordnungen des Bundes deutscher Frauen.

In Weimar trafen am Dienstag 50 Vertreterinnen des Bundes deutscher Frauen zur Befreiung der Kriegsgefangenen ein, um mit der Regierung und den Parteien Fühlung zu nehmen und ihre Wünsche über die Herausgabe der Kriegsgefangenen vorzutragen. Nachmittags wurden sie im Schloß vom Reichskanzler Bauer, in dessen Begleitung sich mehrere Minister befanden, empfangen. Die Frauen forderten die Regierung noch einmal auf, ihr Augenmerk auf die Befreiung unserer Brüder in der Gefangenschaft zu richten. Eine Frau aus dem Volke hielt eine längere Ansprache.

Dann wurde dem Reichskanzler eine Entschließung überreicht, in der die Regierung aufgefordert wird, darauf hinzuwirken, daß die Ratifizierung des Friedensvertrages durch die Entente nicht hinausgeschoben wird, sondern in kürzester Frist erfolgt. Besonders wird die Regierung um die umgehende Heimbeförderung der Kriegsgefangenen aus Sibirien gebeten, da nach Berichten jetzt heimgekehrter Augenzeugen die Lage der dortigen Kriegsgefangenen trostlos sei. Der Bund der deutschen Frauen bittet die Regierung, ihm in seiner Arbeit zur Seite zu stehen und erwartet, daß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln den Bund zur Befreiung der Kriegsgefangenen unterstützen wird.

Nachdem die Entschließung überreicht war, sagte der Reichskanzler die Hilfe der Regierung zu. Der Bund der Frauen beabsichtigt, zwei Abordnungen zu entsenden eine nach Versailles, die andere ins neutrale Ausland, wo sie für die Heimbeför-

---

Schwester Juliane.

Eine Jugenderinnerung von Lilli Gottfried.

III.

Aber so denken nicht alle Leute. Viele reden über solche Diakonissen sehr verächtlich. Ich verstehe das einfach nicht und möchte fast sagen: die haben kein Herz! Was ist denn Verachtungswürdiges dabei? Daß diese Mädchen sich unterstanden haben, einen Menschen mehr als alle andern und aus tiefster Seele zu lieben? Oder, daß sie ihr Herz nicht drehen und wenden können wie eine Wetterfahne? Oder ist etwa diese Gesinnung zu verachten, die sich nicht im Trotz auflehnt und sich verbittert gegen Gott und Menschen, sondern sich in Demut beugt und spricht: Darf ich selbst nicht glücklich sein, will ich andere glücklich machen? Nein, Juliane, je mehr ich darüber nachdenke, desto größer und edler erscheinen mir solche Naturen. Und wie richtig das Heilmittel, das sie wählen! Oder u..test du auf der ganzen, weiten Welt ein einziges, das besser geeignet wäre, allerlei Herzweh wegzunehmen, als dies: fremde Not zu lindern, trübe Augen zu erhellen, anderer Last und Leid zu mindern?" „Du hast recht, Lene, ich denke geradeso wie du. Und — ich kann mir nicht helfen — Leute, die anders urteilen, kann ich nicht sehr hoch einschätzen. Sind sie nicht herzlos, so doch oberflächlich und gedankenlos oder — übergeistlich. — Ach, Lene, wie gut verstehen wir uns doch! Du wirst mir sehr fehlen. Warum sind wir uns nicht eher nähergetreten? Jetzt, da wir uns kaum kennen, müssen wir auseinander. Aber so ist das Leben." Wir schwiegen. Mehrmals noch schien es mir, als wollte Juliane etwas sagen; aber sie tat es nicht. „Du versprichst mir also, mich in B. zu besuchen?" „So Gott will, ja." Damit schieden wir.

Wie leer war der Platz im Verein, an dem sie bisher Sonntag für Sonntag gesessen! Wie leer erschien der ganze Verein ohne sie! — Bald kam Julianens erster Brief. Sie schrieb sehr zufrieden und glücklich. Wie daheim fühlte sie sich in dem schönen S. Ihre Kopfschmerzen wären verschwunden, und sie werde nun doch nach B. gehen. Könnte sie doch immer in S. bleiben! Vor B. fürchtete sie sich ein wenig. Aber vorläufig wäre sie ja noch in S.; und sie wollte die schöne Zeit recht ausnutzen. So schrieb sie, und ich freute mich, daß es ihr für den Augenblick so gut ging. In B. würde sie sich auch bald heimisch fühlen, wenn sie erst da war; das hoffte ich zuversichtlich. Auch der zweite Brief lautete fröhlich. Heimweh schien sie nicht zu haben, und den Gedanken an die bevorstehende Trennung von dem geliebten S. und ihrer mütterlichen Freundin, der leitenden Schwester, ließ sie nicht aufkommen. Aber trotzdem eilte die Zeit dahin, und die Stunde des Abschieds schlug. Es war ihr, wie sie nachher schrieb, als müsse sie sich von ihrer zweiten Heimat losreißen, und dies Losreißen wurde ihr schwerer als das erste, weil sie neuen, unbekannten Pflichten entgegenging, vor denen ihr bangte. Ganz verstand ich das nicht. Wohl wußte ich, daß der Schwesternberuf starke Nerven und ein starkes Herz erfordert; aber daß Juliane sich so sehr fürchtete vor dem, was ihr Wunsch und Streben gewesen war seit langen Jahren, das begriff ich nicht. Ich schrieb ihr das auch; die Antwort, die ich bekam, befriedigte mich nicht. „Ich kann dir das nicht so schreiben. Wenn du kommst, sag ich dir alles. Damals wollte ich es tun, als du von Wilhelm Meyer sprachst; aber ich fand nicht das rechte Wort." — Ich ahnte, auf welcher Linie das lag, was sie mir zu sagen hatte. Aber weil sie nichts darüber schreiben mochte, so kam ich in meinen Briefen nicht darauf zurück.

Ein Jahr später besuchte ich sie. Wie sie sich freute, als sie mich am Bahnhof in Empfang nahm! Sie war unverändert, nur etwas rosiger und frischer; die Schwesternkleidung stand ihr gut. Immer wieder mußte ich sie ansehen. Es war meine alte Juliane, doch schien mir manchmal etwas wie Verlegenheit auf ihrem Gesicht zu stehen, wovon ich früher nie etwas bemerkt hatte. Gewiß dachte sie an ihr Versprechen, das sie gern gleich gelöst hätte. Aber was sie bisher gehütet hatte im heimlichsten Winkel ihres Herzens, das wollte nicht so leicht über ihre Lippen. Gern hätte ich ihr geholfen, aber ich fand keinen schicklichen Anfang. Alles, was ich hätte sagen können, kam mir so taktlos, so unzart vor. So erzählte ich von daheim und ließ mir erzählen von ihrem Leben in B. —

Es war Abend geworden. Die Kinder waren zu Bett gebracht, die Schwestern hatten sich zurückgezogen. Juliane und ich gingen Hand in Hand durch die abendliche Stille nach dem nur wenige Schritte entfernten Friedhof. Hier lagen in langen Reihen alle, die im Laufe der Jahre in B. gearbeitet hatten und zur Ruhe gekommen waren: Brüder und Schwestern, Geistliche, Ärzte und Lehrer mit ihren Familien und Pflegebefohlenen. Wie ein einziges großes Erbbegräbnis erschien mir der weite Raum. Gleiche Grabsteine, in der Mitte ein schönes, hohes Kreuz, um das sich alle scharten, schattige Bäume und Ruheplätze darunter. Leise rauschten die Wipfel. Fernab verlief sich das geräuschvolle Treiben der Großstadt. Friede waltete über dieser Stätte, und wie ein „Atem aus der ew'gen Stille" zog es über die Gräberreihen. Seltsam bewegt stand ich in ihrer Mitte und las die Inschriften auf den Denksteinen. „Wir werden ohne Verdienst gerecht aus seiner Gnade" stand auf dem einen. „Die hier ruht, hat viel Segen gestiftet", sagte Juliane. Auf ihren Wunsch hat man diese Inschrift gesetzt. Man hätte sonst wohl schreiben können: „Sie hat getan, was sie konnte." — Im Weiterschreiten deutete Juliane auf einen andern Stein. „Hier liegt einer, der lange Jahre auf dem Siechbett zugebracht hat, ehe er heimgehen durfte. Er war ein Held im Dulden. Sieh hier! Dies ist sein Lieblingsspruch gewesen." Ich las: „Ich bin zu gering aller Barmherzigkeit und Treue, die du an deinem Knecht getan hast." Ich fühlte einen Stich im Herzen und wandte mich ab.

(Fortsetzung folgt.)

derung unserer Kriegsgefangenen arbeiten und darauf hinwirken sollen, daß diese Heimbeförderung so schnell wie möglich erfolgt. Der Reichskanzler versprach, daß die Reichsregierung dafür sorgen wolle, diesen beiden Abordnungen die Wege zu ebnen.

*

Etwa 300 deutsche Verwundete kamen aus England mit einem Lazarettzuge in Hamburg an. Nach ihrer Schilderung war die Behandlung in den englischen Krankenhäusern außerordentlich schlecht. Winchester soll das schlimmste Gefangenenlager sein, und nach ihm Dartford. In England würden noch zahlreiche Schwerverwundete festgehalten, die nach Ansicht der Zurückgekehrten nur durch schleunige Ueberführung nach Deutschland vor völligem Siechtum bewahrt werden könnten.

Der Aufruhr in Oberschlesien.

Erfolgreiches Vordringen der Truppen in Schlesien.

Nach den neuesten Berichten ist in Oberschlesien eine bemerkenswerte Besserung der Lage eingetreten. Die Reichswehrtruppen gehen jetzt daran, die Hauptnester der polnischen Insurgenten zu säubern. Dabei ist es zu Kämpfen mit einzelnen Banden gekommen, besonders im Bezirke Myslowitz, die aber nur als Einzelaktion von lokaler Bedeutung zu beurteilen sind. Erfreulich ist, daß der Abbruch des Generalstreiks in Oberschlesien bereits begonnen hat. Die Arbeit ist Mittwoch früh zum Teil wieder aufgenommen worden, hauptsächlich im Bezirk Beuthen. Man glaubt mit einem nahen Ende des Generalstreiks rechnen zu dürfen.

Weitere militärische Verstärkungen sind in Oberschlesien angekommen. Ein Detachement rückte am Dienstag in Schomberg ein und säuberte den Ort, wobei 19 Personen festgenommen und Haussuchungen nach Waffen vorgenommen wurden. Die Aufrührer haben sich nach Bobrek zurückgezogen. Karf wurde im Laufe des Tages gesäubert und von den Truppen nach Kampf besetzt. Auch hier wurden Haussuchungen nach Waffen vorgenommen. Gegen Kamin bei Beuthen sind militärische Unternehmungen im Gange, da dieser Ort noch zu säubern ist. Gegen Lipine, das teilweise noch aufrührerisch gesinnt ist, sind militärische Unternehmungen eingeleitet. Weitere Unternehmungen sind im Gange, gegen Orzegow, Godullahütte, einen Teil von Lipine sowie in der Richtung Morgenroth.

Heftige Kämpfe bei Kattowitz und Myslowitz.

Dienstag Nacht und Mittwoch vormittag verliefen ruhig. Anscheinend haben die Aufständischen die Zeit benutzt, um ihre Organisation zu vervollständigen sowie sich von den Polen mit Waffen zu versehen und die Besetzung des Landes planmäßig auszuführen. Wie gemeldet wird, üben sie in den besetzten Ortschaften die vollziehende Gewalt aus und haben alle männlichen Personen zwischen 20 und 40 Jahren zu den Waffen einberufen. Ein großer Teil der deutschen Einwohnerschaft von Schoppinitz sowie die Gefangenen sind über die Grenze nach Polen abgeschoben worden. Im Laufe des Dienstag nachmittag sammelten sich gegenüber unseren Postierungen am Ostausgange von Kattowitz starke Banden mit zahlreichen Maschinengewehren und hielten die Ortsausgänge unter Feuer. Ein Regiment, unterstützt von einem Panzerzug und Artillerie, griff am Nachmittag in Richtung Janow an und ist im Besitz von Agnes-Amandagrube, Richthofenschacht, Wildensteinsegengrube und Bogutschütz-Süd. In Bogutschütz-Nord wurden durch einige Artillerieschüsse polnische Banden verscheucht. Leider wurde einer unserer Flieger vor Eichenau zur Notlandung gezwungen. Er vernichtete sein Flugzeug durch Brand und ist in Gefangenschaft geraten. Auch in Myslowitz hatte die Truppe dauernd Kämpfe mit Banden zu bestehen. Bisher ist es gelungen, diese Banden durch energisches Vorgehen von der Stadt fernzuhalten.

Fortdauer der Kämpfe mit den Aufständischen.

Die Truppen, die zur Niederwerfung des Aufstandes herangezogen worden sind, haben bereits größere Erfolge aufzuweisen, indem es ihnen gelungen ist, eine Reihe von Ortschaften den Aufständischen zu entreißen. Der militärische Leiter der Operationen ist Generalmajor Hoefer. Wenn bis jetzt noch nicht durchschlagende Erfolge erzielt wurden, so liegt dies daran, daß von militärischer Seite mit der größtmöglichen Schonung von Menschenleben vorgegangen wird. Reichskommissar Hörsing ist aber entschlossen, den Widerstand der Aufständischen mit allen Machtmitteln zu brechen. Die Zahl der Aufständischen wird auf etwa 45 000 Mann geschätzt. Sie sind mit Gewehren, Handgranaten, Dynamitpatronen, schweren und leichten Maschinengewehren ausgerüstet. Die Brennpunkte der Kämpfe sind Myslowitz, Eichenau und Schoppinitz, wo starke Banden Widerstand leisten. Sie sind meistens in Zivilanzügen, tragen aber Stahlhelme. Die Aufklärungsflieger der Truppen werden stets stark von ihnen beschossen. Neue Unruhen sind im Kreise Ratibor in der Gegend von Loslau ausgebrochen. Die Aufständischen erhalten Zuzüge von polnischen Legionären.

Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Die Vorgänge in Oberschlesien haben ihre Rückwirkung auf die in Berlin geführten Verhandlungen zwischen Deutschen und Polen bereits geäußert. Diese Verhandlungen sind bis auf weiteres abgebrochen worden. In der großen politischen Kommission gab der Vorsitzende der polnischen Abordnung, Unterstaatssekretär Dr. von Wroblewski, eine Erklärung ab, daß die polnischen Vertreter es angesichts der Vorgänge in Oberschlesien für angezeigt halten, die Verhandlungen abzubrechen, da diese eine friedliche Atmosphäre erfordern. Solange die Voraussetzungen hierfür nicht gegeben seien, müßten die Sitzungen bis auf weiteres vertagt werden.

Besetzung Oberschlesiens durch die Entente?

Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Rat beschäftigte sich mit der Frage der deutschen Intrigen in Oberschlesien, die in 70 Prozent der industriellen Anlagen den Streik hervorgerufen hätten. Diesen Intrigen müsse ein Ende gemacht werden. Der oberste alliierte Rat wird daher wahrscheinlich die Besetzung dieses Gebietes durch Ententetruppen anordnen.

Die Wirkungen des oberschlesischen Streiks.

Da die Zufuhr von Kohlen aus Oberschlesien infolge des neuerlichen allgemeinen Streiks völlig aufgehört hat, ist, wie die Eisenbahndirektion Breslau mitteilt, mit großer Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß der Personenverkehr im Eisenbahndirektionsbezirk Breslau von Freitag, den 22. August ab, vorübergehend gänzlich eingestellt werden müsse, um den Güterverkehr und vor allem die Beförderung der Lebensmittel aufrecht zu erhalten.

Aeußerst unangenehme Folgen zeitigte die mangelhafte Zufuhr von Kohlen für die Leipziger Gaswerke. Der Magistrat sah sich zu einer weiteren Verschärfung der äußerst strengen Gassperre genötigt. Die Einwohner von Leipzig sind von morgens ½8 bis abends 7 Uhr ohne Gas, so daß die Herstellung einer warmen Mittagsmahlzeit unmöglich ist, da auch Hauskohlen fehlen. Die Kohlenkrise in Wien nimmt immer groteskere Formen an. Das Elektrizitätswerk hat höchstens noch auf 4 bis 5 Tage Kohlen, nach deren Aufbrauchen die Einstellung der Abgabe elektrischen Stromes unvermeidlich wird. Das Gaswerk befindet sich in der gleichen Lage.

Die neue Finanzverwaltung.

— Weimar, 19. August.

Der Kampf um die Reichsabgabenordnung.

In der Nachmittagssitzung rief die zweite Beratung der Reichsabgabenordnung eine umfangreiche Auseinandersetzung hervor. Während sich die erste Lesung auf den umfangreichen 451 Paragraphen umfassenden Gesetzentwurf erstreckt hatte, waren auf den Wunsch des Reichsfinanzministers im Ausschuß lediglich die §§ 1—43 sowie die Uebergangs- und Schlußvorschriften zu einem vorweggenommenen Gesetz gestaltet worden. Diese Vorlage sollte dem Finanzministerium die Organisierung der gesamten Reichsfinanzverwaltung bereits zum 1. Oktober dieses Jahres ermöglichen. In den Schlußvorschriften waren den Einzelstaaten wesentliche Zugeständnisse gemacht worden, um damit ihre Zustimmung zu der Vereinheitlichung des Steuerwesens zu erkaufen. Danach soll jedes Land an den Aufkommen der Reichseinkommensteuer mindestens mit einem Betrag beteiligt werden, welcher der durchschnittlichen Belastung des Einkommens in den Ländern und Gemeinden in den Steuerjahren 1917, 1918 und 1919 entspricht. Der Anteil muß das Aufkommen aus diesen Abgaben in Land und Gemeinden für das Steuerjahr 1919 zuzüglich einer Steigerung von jährlich 6 Prozent erreichen. Diese Beträge sollen entsprechend geändert werden, wenn das Reich Aufgaben der Länder oder Gemeinden übernimmt.

Gegen diesen § 46 hatten die Mehrheitssozialisten und die Demokraten große Bedenken. Ein Zentrumsantrag Herold wollte etwaige Aenderungen des § 46 von einer Zweidrittelmehrheit des Parlaments abhängig gemacht wissen. Der Vertreter des preußischen Finanzministeriums wandte sich mit auffallender Schärfe gegen die von der Linken gewünschte Streichung des § 46 und erklärte, daß die preußische Regierung in diesem Falle auf Grund des Artikels 74 der Verfassung im Reichsrat gegen das ganze Gesetz Einspruch erheben würde. Da Preußen Grund zu der Annahm haben werde, würde es dem Reichsfinanzminister unmöglich sein, die Uebernahme der direkten Steuergesetzgebung auf das Reich, wie beabsichtigt, bis zum 1. Oktober durchzuführen. Nach stundenlanger Debatte, in die auch der Reichsfinanzminister Erzberger eingriff, lenkte die Mehrheitssozialdemokratie schließlich ein, und als es in der Spezialberatung zur Abstimmung kam, wurde nicht nur der § 46, sondern auch der Zusatzantrag Herold angenommen. Bei der Gesamtabstimmung in der dritten Lesung, gaben die bayerischen Mitglieder des Zentrums eine Protesterklärung ab. Danach wurde das Gesetz endgültig verabschiedet.

Die Erbschaftssteuer.

— Weimar, 20. August.

Die Vorlage in zweiter und dritter Lesung endgültig angenommen.

In der Vormittagssitzung erledigte die Nationalversammlung die zweite Lesung der Erbschaftssteuer. Graf Posadowsky (D. natl.) erhob Einspruch gegen die Beratung, da erst wenige Minuten vorher den Abgeordneten der Bericht des Ausschusses zugegangen sei. Die Vorlage habe in der Kommission so wesentliche Veränderungen erfahren, daß die Fraktion sich erst noch mit ihr beschäftigen müsse. Das Haus beschloß jedoch, sofort in die Beratung einzutreten. Abg. Becker-Hessen (D. Vp.) erstattete den Ausschußbericht und führte aus, daß das Gesetz durch den Ausschuß besonders auch für Kinder und Ehegatten eine wesentliche Verschärfung erfahren hat.

Die Mehrheitssozialisten sehen, wie Abg. Keil ausführte, in der Vorlage nur eine Abschlagszahlung und einen ersten großen Schritt, dem andere folgen müßten. Die Erbschaftssteuer sei die eigentliche große dauernde Besitzsteuer, die wir haben und die deshalb weiter ausgebaut werden müsse. Jeder Tag des Zögerns bringe dem Reich einen Verlust von zwei Millionen. Es müsse auch erwogen werden, ob die Nachlaßsteuer nicht auch auf Schenkungen auszudehnen sei, wie überhaupt die Besteuerung des Erben nicht nur verschärft, sondern auch individualisiert werden müsse. Nur die dauernde Besitzsteuer könne dem Elend in den Tiefen der Gesellschaft steuern.

Für die Demokraten sprach Abg. Raschig. Die Vorlage komme einem alten Wunsche seiner Partei entgegen. Der Abg. Hampe von der Deutschnationalen Volkspartei erklärte, seine Partei stehe auf dem Standpunkt der Regierungsvorlage. Sie könne unmöglich Verschärfungen mitmachen, wie sie der Bericht der Kommission und der Abg. Keil vorsehen.

In der Einzelberatung wurde die Erbschaftssteuer ohne Aenderung der Fassung zweiter Lesung und daraufhin in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der deutschen Volkspartei und eines großen Teiles der Deutschnationalen endgültig angenommen.

In der Nachmittagssitzung wurden die Gesetze betreffend den Neun Milliarden-Anleihe-Kredit für 1919, die Ausführung des Friedensvertrages und endlich Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages in zweiter Beratung miteinander verbunden.

Berichterstatter Abg. Grünewald (Dem.) stellt fest, der Plan, die angeforderten neun Milliarden des Anleihekredits durch eine Prämienanleihe aufzubringen, sei im Ausschuß nicht so sehr auf grundsätzliche Gegnerschaft wie auf allerlei praktische Bedenken gestoßen.

Im Interesse der Fortführung der Geschäfte des Reiches erklärte sich Abg. Kanngott (Soz.) im Namen seiner Fraktion für die Bewilligung der Kredite. Der Sprecher der Deutschnationalen Abg. Hugenberg beantragte die Streichung einer Milliarde, um dadurch dem augenblicklichen Finanzminister das Mißtrauen zu bezeugen. Die Vorlage selbst lehnte der Redner ab, da die Gesetze zu weitgehende Befugnisse in die Hand einer einseitigen Parteiregierung legen, die bei der Besetzung der Aemter sich lediglich von einseitigen parteipolitischen Gesichtspunkten leiten lasse.

Deutsches Reich.

Nach Mitteilung von zuständiger Seite ist bisher in den noch schwebenden Verhandlungen über die Kohlenlieferungen an die Entente kein Einvernehmen erzielt worden. Irgend welche Lieferungen sind bis jetzt nicht erfolgt.

— Die „Münchener Neuesten Nachrichten" melden, daß im Zusammenhang mit der Neuordnung des deutschen Militärwesens der bayerische Militärminister noch in diesem Monat zurücktreten werde.

— Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen hat Ende der letzten Woche gegen Ende der vorletzten Woche in Berlin, Charlottenburg, Neukölln, Berlin-Schöneberg, Berlin-Lichtenberg und Berlin-Wilmersdorf, ferner größeren Orten der Landkreise Teltow und Niederbarnim zusammen um rund 6000 abgenommen.

:: **Ministerpräsident Bauer über die Lage in Deutschland.** Ein Sonderberichterstatter des Haager „Vaderland" hatte eine Unterredung mit dem Reichsministerpräsidenten Bauer in Weimar. Der Korrespondent fragte u. a., ob in dem gegenwärtigen Zustand der Unruhen bewußte Machenschaften der Gegenrevolutionäre zu erblicken seien. Bauer antwortete verneinend und fügte hinzu: „Es ist selbstverständlich daß es noch viele Monarchisten in Deutschland gibt. Die Unabhängigen verlangen für sich auch das Recht, auf allerhand Arten die Ordnung zu stören. Sobald aber königstreue Offiziere eine unschuldige Kundgebung veranstalten, wird sofort „Reaktion" geschrien. Wenn man jetzt Minister Noske einen Vorwurf aus seinem kräftigen Auftreten macht, kann man doch nicht in Abrede stellen, daß dieses energische Auftreten nötig war. Denn wenn in unseren Steinkohlengruben die Ordnung nicht aufrechterhalten wird, d. h. wenn wir dort nicht die Ordnung aufrechterhalten, dann wird die Entente das tun und auch den Rest unserer Steinkohlenreviere besetzen. Bis jetzt sind wir jedoch aller Streikunruhen Herr geworden und werden dies auch weiter können."

:: **Klageantrag Erzbergers gegen Helfferich.** Auf Antrag des Reichsministers der Finanzen ist das Reichsministerium der Justiz bereits am 16. ds. Mts. mit der Prüfung der Unterlagen eines gegen den früheren Staatssekretär Dr. Helfferich einzuleitenden Strafverfahrens wegen Beleidigung des Reichsfinanzministers beauftragt worden. Wie bereits mitgeteilt, hatte Staatssekretär Dr. Helfferich neuerdings nachdrücklich die Einleitung eines solchen Strafverfahrens verlangt. Dr. Helfferich hatte Herrn Erzberger mit klaren Worten vorgeworfen, „daß er sich nicht gescheut hat, in seiner Doppeleigenschaft als Abgeordneter und interessiertes Aufsichtsratsmitglied eines Privatunternehmens der Reichsregierung völkerrechtswidrige Handlungen und eine Begünstigung privater Sonderinteressen auf Kosten der Allgemeinheit anzusinnen." Diese Anklage, daß Erzberger als Aufsichtsrat des Thyssenkonzerns zu dessen Gunsten seine politische Stellung mißbraucht habe, also der Vorwurf persönliche Korruption, ist zweifellos eine Ehrenbeleidigung, deretwegen Klage angestrengt werden muß.

:: **Zur Frage des Wiedereintritts der Demokraten in die Regierung.** Die von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" angeregte Möglichkeit eines Wiedereintrittes der Demokraten in das Kabinett dürfte, wie dem „Berliner Tageblatt" aus Weimar berichtet wird, im Augenblick noch nicht spruchreif sein. Es haben zwar unverbindliche Vorverhandlungen über diese Frage stattgefunden, die aber zu keinem positiven Ergebnis führten. Die Sache ist einstweilen vertagt, man darf aber annehmen, daß Mitte September, kurz vor dem Wiederzusammentritt der Nationalversammlung in Berlin, die Angelegenheit endgültig geklärt werde. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der Reichspräsident Ebert an den Ministerpräsidenten Bauer mit der Aufforderung herantreten wird, sich mit demokratischen Politikern, die ihm geeignet erscheinen, über den Eintritt in das Kabinett in Verbindung zu setzen. Dann wird die demokratische Fraktion vor eine klare Situation gestellt, in der sie sich so oder so entscheiden muß.

:: **Die neue Regelung über den Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiete** erfolgt nach Beschluß der interalliierten Konferenz in Wiesbaden am 9. August folgendermaßen: 1. Deutsche oder ehemalige Feinde und Neutrale, wohnhaft im unbesetzten Deutschland, erhalten Einreiseerlaubnis für das besetzte Gebiet vermittels eines deutschen Passes, der mit einem Visum der alliierten Militärbehörde der Besatzungsarmee versehen ist. 2. Angehörige der Alliierten können im unbesetzten Deutschland einreisen mit einem Erlaubnisschein, der durch die alliierte Militärbehörde der besetzten Zone ihres Einreiseortes ausgestellt und mit einem Visum von der deutschen Zivilbehörde versehen ist. 3. Für Deutsche oder ehemalige Feinde und Neutrale, die sich vom be-

letzten ins unbesetzte Gebiet Deutschlands begeben wollen, genügt ein Ausweis der militärischen Behörde der Besatzungsarmee. 4. Beiderseits der Grenzen sollen Paßbureaus eingerichtet werden, und zwar militärische der alliierten Armee im besetzten, bürgerliche im unbesetzten Deutschland. Ihre Einrichtung ist für die genannten Städte geplant: belgische Zone: Neuß; englische Zone: Köln; amerikanische Zone: Koblenz; französische Zone: Mainz, Ludwigshafen, Landau; im unbesetzten Deutschland: belgische und englische Zone: Düsseldorf; amerikanische Zone: Limburg; französische Zone: Frankfurt, Mannheim, Karlsruhe. Militärpersonen in das unbesetzte Gebiet haben in Zivil zu erfolgen. Für Reisen deutscher Beamten ins besetzte Gebiet zur Ausübung ihres Dienstes sollen vorläufig ausgestellte Spezialausweise ausgegeben werden. Marschall Foch hat sein Einverständnis damit erklärt, daß Studenten, die sich studienhalber auf dem rechten Rheinufer aufhalten, Einreisegenehmigung erhalten, um ihre Ferien bei ihren Familien verleben zu können. Gesuche um solche Einreisegenehmigungen sind an die Abschnittskommandanten der betreffenden Zonen zu richten.

:: **Das rheinische Kartell der christlichen Gewerkschaften für die Reichseinheit.** Eine große Versammlung der Ortskartelle der christlichen Gewerkschaften von Köln, Aachen und des Niederrheins faßte eine Entschließung, worin die Bildung von Ausschüssen zur Förderung des deutschen Einheitsgedankens in den Rheinlanden unter Teilnahme aller Kreise und Parteien empfohlen und gegenüber dem Vorgehen der Sonderbündler, welche die Sperrfrist durchbrechen wollen und auf eine gewaltsame Abtrennung der Rheinlande vom Deutschen Reiche hinzielen, die Organisierung einer geschlossenen Gegenwehr gefordert wird.

:: **Die Räumung der Ostgebiete.** Die deutsche Regierung hat an die Entente folgende Note gerichtet: Die Räumung Litauens südlich des Njemen hat am 14. August mit dem Abtransport der Reichswehrbrigade 28 in Wilkowischki begonnen. Die geplante Räumung wird voraussichtlich am 2. September beendigt sein. Die Räumung des Gebietes der Brigade Grodno wird am 26. August, die Räumung bis Wirballen am 4. September beendet sein. Die Stadt Wirballen wird am 5. September geräumt. Die Räumung Lettlands, Kurlands und Nordlitauens wird sich derart vollziehen, daß nach Beendigung des Abtransportes der Brigade Schaulen und der Truppen des Gouvernements Libau am 20. August der Abtransport der Masse des 6. Res.-Korps aus der Gegend Mitau und Bauske nach Deutschland beginnt. Die Dauer dieses Abtransportes ist auf etwa 25 Tage berechnet. Die Bewegungen der zum Schutze des Abtransportes ausgeschiedenen Nachhuten bei Preekuln, Mitau, Bauske, Schaulen und Lidowiany werden weitere drei Wochen in Anspruch nehmen.

England: Gesetzliche Regelung der Arbeitsdauer.

‡ Im Unterhause legte der Arbeitsminister Horne ein Gesetz zur Regelung der Arbeitsdauer und der Löhne vor. Diese Gesetzesvorlage enthält die Bestimmungen, die von der industriellen britischen Reichskonferenz festgelegt wurden: die 48stündige Arbeitswoche für alle Industriezweige und gewerbliche Tätigkeiten mit Ausnahme der häuslichen Dienstboten, der Landwirtschaft und der Handelsflotte; auch ein Mindestlohnsatz wird festgesetzt. — Lloyd George teilte im Unterhause mit, daß die Regierung beschlossen habe, vom 1. 9. ab alle Einschränkungen der Einfuhr aufzuheben. Ferner meldet der „Telegraaf" aus London, daß der Finanzminister auch die Einschränkungen aufgehoben hat, die für das englische Kapital für die Anlage in ausländischen Werten statt hatten. Von jetzt ab wird sowohl der Ankauf ausländischer Werte, wie die Zeichnungen auf Anleihen im Auslande und der Handel mit ausländischen Effekten gestattet sein.

Rußland: Englischer Angriff auf Kronstadt.

‡ Britische Flugzeuge und Motorboote griffen am Montag Kronstadt an. Batterien erwiderten das Feuer. Ein Flugzeug wurde beschädigt. — Es wird gemeldet, daß in einer Seeschlacht zwischen der britischen und der bolschewistischen Flotte im Golf von Finnland die Schlachtschiffe „Andrei Perwoswanny" und „Petropawlowsk" sowie ein Transport- und ein Wachtschiff gesunken sind. Die britischen Verluste betragen drei Motorboote, acht Offiziere und drei Mann. Die „Andrei Perwoswanny" war im Jahre 1906 erbaut und hatte ein Deplacement von 18 300 Tonnen. Die „Petropawlowsk" war ein modernes Schiff von 23 400 Tonnen, erbaut im Jahre 1911. — Die „Times" meldet, daß die Truppen Denikins ihren Vormarsch fortsetzen und jetzt ungefähr halbwegs zwischen Kiew und Poltawa stehen.

Mexiko: Die englisch-mexikanischen Meinungsverschiedenheiten.

‡ Die Aufforderung, die Carranza an den englischen Diplomaten und Bevollmächtigten Cummins richtete, Mexiko zu verlassen, war wegen der englischen Weigerung, die Regierung Carranzas anzuerkennen, bevor sie gegenüber den englischen Staatsangehörigen eine loyale Haltung einnehme, ergangen. Auf die Einladung Carranzas das Gebiet der Republik zu verlassen, begab sich Cummins nach Washington, wo er einige Zeit bleiben wird. Die Vertretung der englischen Interessen wird den Vereinigten Staaten anvertraut. Wahrscheinlich ist die Erklärung Englands im Einverständnis mit den Vereinigten Staaten erfolgt, die immer energischer auf eine politische und wirtschaftliche Sanierung Mexikos hinarbeiten. Die Regierung der Union soll bereits beschlossen haben, der gegenwärtigen mexikanischen Regierung ihre Unterstützung und ihr Wohlwollen zu entziehen.

— Mexikanische Banditen haben zwei amerikanische Militärflieger gefangen gehalten und fordern für ihre Freilassung 15 000 Dollar.

— **Belgien wird als Besatzungstruppen zwei Divisionen, eine Kavalleriebrigade und schwere Artillerie in den Rheinlanden belassen.**

— In Marokko ist eine spanische Militärabteilung in einen Hinterhalt der Truppen Raisulis gefallen und konnte sich nur mit Verlust von 12 Toten retten.

Bücherschau.

„Das alte Evangelium von Jesus Christus, es ist die Religion der Zukunft."

Diesen Satz, mit dem D. Gerhard Hilbert sein Buch „Ersatz für das Christentum" schließt, könnte man als Leitsatz über die drei soeben von ihm in 2. Auflage erschienenen Bücher setzen:

1. Ersatz für das Christentum.
   80 Seiten. 2,50 M.
2. Moderne Willensziele.
   64 Seiten. 2 M.
3. Kirchliche Volksmission.
   52 Seiten. 1,80 M.

Sämtlich: Deichert'sche Verlagsbuchhandlung, Leipzig.

1. Mehr denn je können wir heute ein Verlangen nach einem Etwas in unserem Volke wahrnehmen, das den Menschen über seinen Beruf und sein Dasein herausheben soll. Die meisten aber, die solche Sehnsucht in sich tragen, kommen nicht zum Christentum. Man glaubt, ein moderner Mensch könne nicht an Christus glauben, er brauche es auch nicht. Von einer Fortbildung der Religion redet man, ja sogar von einer neuen Religion, man greift in Wahrheit aber zum Ersatz. 4 Ersatzgegenstände für Religion greift Prof. Hilbert heraus: Kunst, Wissenschaft, Moral und Religiosität. In klarer, einfacher, deutscher, mit fast keinen Fremdworten vermischten Sprache, die übrigens allen drei Büchern eigen ist, werden diese vier Gebiete selbständig behandelt, um dann nach gerechter Würdigung die Frage zu entscheiden: Christentum oder solch Ersatz?

Für wen ist nun dies Buch? Zunächst für den Christen, um fester und freudiger in seinem Christenstand zu werden, für den Zweifler, um dem Ziele des Festwerdens näherzukommen, schließlich aber besonders für den, der dem Christentum ablehnend gegenübersteht.

2. Allen eben Genannten wünsche ich auch „Moderne Willensziele" in die Hand. Eingeteilt ist dieses Buch in drei Kapitel: Der Wille zum Nichts: Arthur Schopenhauer. Der Wille zur Macht: Friedrich Nietzsche. Der Wille zum Glauben: Hamlet.

Ganz abgesehen von der apologetischen Bedeutung dieses Buches, ist hervorragend die Darstellung der Gedankenwelt Schopenhauers und Nietzsches. Hier finden wir sozusagen den roten Faden, der durch die Werke beider hindurchgeht: Ein Überblick für den Kenner, eine Einführung für den Unkundigen.

Besonders erwähnt sei die einzigartige Behandlung des christlichen Glaubens: „Der Mensch muß glauben, muß glauben wollen, der Glaube ist die grundlegende und erlösende Tat des persönlichen Lebens."

3. Prof. Hilbert schildert zunächst die kirchliche Lage, daraus folgernd die Notwendigkeit der Volksmission und dann ihre Gestaltung mit den dazu nötigen persönlichen Kräften weisend. So forderte er z. B. außer Predigt: Evangelisation, Apologetik, Bibelstunde und Bibelbesprechstunde. Wir dürfen an dieser Schrift, an diesen Vorschlägen nicht vorübergehen! Gezeigt wird hier der neue Weg. Versäumen wir nicht, ihn einzuschlagen!

Laien wie Pfarrern gilt diese Schrift, ganz besonders aber möge sich der Pfarrerstand mit ihr auseinandersetzen in Stadt und Land. —

Äußerlich sind es drei kleine Bücher. Wenn man sie aufgeschnitten hat, gleichen sie fast fliegenden Blättern. Wegen ihres Inhaltes aber wird keinen ihre Anschaffung reuen. Dem Verlage wären wir sehr dankbar, wenn er, sobald als möglich, solche Bücher kartoniert herausgäbe. Dann noch eine zweite Bitte, nämlich Druck von Verfasser und Titel auch auf den Rücken des Buches. In der jetzigen Gestalt der Bücher dürfte es sich für den Leser empfehlen, mehrere Bücher sich in einen Band binden zu lassen.

Walter Ködderitz.

Verschiedenes.

△ **Warnung vor dem Eintritt in die Fremdenlegion.** Die Werbungen der französischen Fremdenlegionäre sind wieder aufgenommen worden. Nach den neu aufgestellten Bedingungen sollen auch Angehörige fremder Staaten, auch der ehemals feindlichen, eintreten können. Das in Metz eingerichtete Werbebureau berichtet, daß schon einige hundert Gesuche ehemaliger deutscher Soldaten vorliegen, in welchen von denselben ein besonderes Interesse für die Beförderungsmöglichkeiten an den Tag gelegt wird. Man plant, auch in Straßburg, St. Ludwig, Kaiserslautern und Trier Werbebureaus einzurichten. Es ist nur zu sehr zu befürchten, daß trotz der entsetzlichen Erfahrungen, die deutsche Legionäre schon vor dem Kriege gemacht haben, die Werbeagenten wieder eine große Anzahl von Deutschen durch die besten Versprechungen und Vorspiegelungen überreden, in die Fremdenlegion einzutreten. Wir warnen daher alle ehemaligen Kriegsgefangenen und Soldaten, sich nicht durch diese Agenten, denen kein Mittel zu verworfen scheint, zum Eintritt bewegen zu lassen. Ein entsetzliches Los würde dieser Unglücklichen harren, sie würden auf die grausamste Weise von ihren späteren Vorgesetzten ausgenutzt werden und in den meisten Fällen letzten Endes doch im Dienste eines uns feindlich gesinnten Staates in der afrikanischen Sonnenglut im wahrsten Sinne des Wortes elend zugrundegehen.

Letzte Nachrichten.

Neue Polenverhandlungen in Berlin.

Eine eigenartige Stellung nehmen die polnischen Delegierten ein, die am Mittwoch vormittag die Fortsetzung der Verhandlungen abgelehnt hatten mit der Begründung, daß sie nicht verhandeln könnten, während in Oberschlesien Polen in Massen verhaftet oder von unseren Truppen erschossen würden. Diese Erklärung war um so auffallender, als die Polen noch bei den Besprechungen am Dienstag jede Gemeinschaft mit den oberschlesischen „Aufrührern" weit von sich wiesen und nachdrücklich das Interesse beider Völker an der Niederschlagung der bolschewistischen Putsche betonten. Inzwischen hat sich aber wiederum ein auffallender Wechsel in der Haltung der Polen vollzogen, indem sie dem Auswärtigen Amt mitteilten, sie wären bereit, über die Dinge in Oberschlesien eine auch von der preußischen Regierung gewünschte Besprechung abzuhalten.

Der Kampf um Oberschlesien.

In Oberschlesien treffen dauernd Verstärkungen ein. Wir sind im Fortschreiten gegen die polnische Grenze. Lange Züge von Gefangenen wurden bereits eingebracht. Aber auch zahlreiche Krankenwagen und Sanitätsautos kommen von der Front. Auch Fliegerkämpfe fanden bereits statt. Dienstag abend wurde ein Pole von uns hinter unseren Linien zum Niedergehen gezwungen. Ein deutscher Flieger, der von den Insurgenten seitlich Schoppinitz beschossen wurde, stürzte ab. Die beiden Insassen sind tot. In Oberbojschow wurde eine Kavallerieabteilung von etwa 40 Mann überfallen und bis auf einige, die flüchten konnten, ermordet. Eichenau, das in unserer Hand war, mußte Dienstag abend den Insurgenten überlassen werden, wurde aber zum Teil wieder zurückerobert. In Kamin, Kreis Rosenberg, eingedrungene polnische Banden in Stärke von 200 Mann wurden nach Kämpfen wieder über die Grenze zurückgedrängt. Der Anführer der Polen, ein ehemaliger preußischer Vizefeldwebel, wurde gefangen genommen. Bei Laurahütte griffen über die Grenze gedrungene Polen die deutschen Feldwachen an, wurden aber unter Verlusten vertrieben. Stündlich werden in Beuthen Gefangene eingeliefert. Einige Weiber, die über den Tod ihrer Männer erbittert waren, haben deren Genossen angegeben. Mehrere Polenführer sind aus Beuthen geflüchtet.

Weitere Verkehrseinschränkungen in Aussicht.

Die bisher erfolgten Einschränkungen, die infolge des Rückganges der Bestände an Eisenbahndienstkohle seitens der Eisenbahnverwaltung eingeführt worden sind, genügen bei der immer stärker fühlbar werdenden Kohlennot bei weitem nicht, um den allernotwendigsten Verkehr aufrechtzuerhalten. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, wird bereits jetzt erwogen, welche weiteren Einschränkungen bei steigender Kohlenknappheit zur Durchführung gelangen können. Wie bereits in Deutsch-Oesterreich, wird auf den preußisch-hessischen Eisenbahnen als weitere Maßnahme der Eisenbahnverwaltung die völlige Einstellung des Schnellzugsverkehrs in Erwägung gezogen. Eine weitere Maßnahme zur Aufrechterhaltung des lebensnotwendigen Güterverkehrs, des Transportes von Milch und Lebensmitteln ist die völlige Einstellung des Personenverkehrs an Sonn- und Festtagen in Aussicht genommen. Endlich wird auch noch der Güterverkehr eingeschränkt werden, so daß das gesamte Wirtschaftsleben stillstehen würde und mit Ausnahme der Beförderung von Milch- und Lebensmittelzügen kein Zug mehr befördert würde.

Verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld, Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Heidenbrok, Bethel-Bielefeld. Postscheckkonto 7382 Hannover.

Evangel. soziales Frauenseminar
der Diakonissenanstalt zu Kaiserswerth a. Rh.

Theoretische und praktische Ausbildung für berufliches und ehrenamtliches Wirken auf dem Gebiete der Inneren Mission und sozialer Betätigung. Kursusdauer 2 Jahre. Voraussetzung: Vollendetes 20. Lebensjahr. Abschlußzeugnis eines Lyzeums oder Nachweis gleichwertiger Vorbildung. Beginn des nächsten Kursus 15. September 1919. — **Prospekte durch die Leitung.**

Die vierzigjährige Wüstenwanderung des deutschen Volkes.

Über dieses Thema spricht am kommenden Sonntag, den 24. August, im **Gemeinschaftshause zu Schildesche** nachmittags 4 Uhr Prediger Heinrich Dallmeyer.
Jedermann herzlich willkommen. Eintritt frei.

Meiner Zeitung meine Anzeigen!

Fahrradhaus Biermann,
Herford, Gänsemarkt 7.
Fahrräder
mit In- und Auslandsgummi.
Decken, Schläuche, Zubehörteile. — Fernsprecher 426.

Zahnpraxis W. Heidbrede
Bielefeld, Grabenstraße 22.
Sprechstunden: Vorm. 9—1, nachm. 2—7 Uhr.

Geübte Näherin
für Ausfeuer per sofort gesucht.
Zu melden wochentags vorm. 8—11 oder nachm. 2—5 Uhr in
Ophir,
vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.



Wer
empfiehlt unsern Lesern gute
Erholungs- und Erziehungs-Pensionate
???